

Ihre Studien lösen heftige Reaktionen aus

Ein Institut an der Uni Luzern erreicht mit Arbeiten zur Wirtschaft eine breite Öffentlichkeit. Einige Professoren und die SP finden: es reicht.

Francesco Benini

Sie veröffentlichen eine Studie. Auf Twitter folgt heftige Kritik, vorgebracht von einigen Professoren verschiedener Universitäten. Und SP-Kantonsrat David Roth, vormals Präsident der Jungsozialisten, fordert den Luzerner Regierungsrat in einem Postulat auf: Die wissenschaftlichen Standards am Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) müssten überprüft werden. Das Institut entwickle sich zu «einer Gefahr für die Reputation der Universität Luzern».

Das IWP wurde vor zwei Jahren von Professor Christoph Schaltegger und René Scheu ins Leben gerufen. Scheu war zuvor Feuilletonchef der NZZ. Kaum war das Institut gegründet, wünschten manche Professoren und Assistenten an anderen Universitäten, dass das nie geschehen wäre. Die Werbekampagne auf Plakaten macht für sie jetzt alles noch schlimmer. «Die Top 10% der Verdiener bezahlen 54,9% aller Einkommenssteuern. IWP. Fakten statt Meinungen.» liest man auf einem grossen Aushang. In den sozialen Medien reagieren Uniangehörige mit skeptischen bis höhnischen Kommentaren. Tenor: Ein universitäres Institut habe es nicht nötig, so marktschreierisch aufzutreten.

Rechtsliberale Politik unter dem Mantel der Universität?

Was wird Schaltegger und Scheu vorgeworfen? Erstens: Ihr Institut verkaufe rechtsliberale politische Überzeugungen als Wissenschaft. Zweitens komme ihnen dabei der Mantel der Universität Luzern zupass – denn der Name einer solchen Institution erhöhe die Glaubwürdigkeit. Drittens sei die Finanzierung des Instituts zu wenig transparent. Immer wieder äussern Kritiker den Verdacht, dass die Sponsoren des IWP nach Gusto Studien in Auftrag geben. Die Untersuchungen erbringen dann natürlich die Resultate, die sich die Geldgeber wünschen.

Was ist davon zu halten? Schaltegger und Scheu wollen zurzeit nicht reden. Sie scheinen nicht erpicht, auf Vorhaltungen zu reagieren, die sich wiederholen. Die beiden wollen ihre Arbeit sprechen lassen. Und vielleicht die Plakatkampagne.

Das IWP ist ein sogenanntes An-Institut: organisatorisch unabhängig, aber durch einen Beschluss des Luzerner Universitätsrats akkreditiert. An-Institute werden von einem Universitätsprofessor geleitet – in diesem Fall von Christoph Schaltegger, Professor für Politische Ökonomie. Die Universität bezahlt seinen Lohn. Den Rest des Instituts finanziert eine Stiftung. Die Uni erhofft sich von diesem Modell eine grössere Vernetzung in der Gesellschaft.

Die vermögenden Unternehmer Alfred Schindler und Michael Pieper bezahlen ebenso in die Stiftung ein wie weitere Privatpersonen und Firmen, die nicht genannt werden wollen. Auch die Sympathisanten, die



Leiten das Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik: Christoph Schaltegger und René Scheu (rechts). Bilder: Philipp Schmidli, Belinda Schmid

sich am Crowdfunding für das IWP beteiligen, bleiben anonym.

Liegt da ein Problem? Entscheidend ist, dass die Freiheit von Forschung und Lehre gewährleistet bleibt. Die Donatoren des Instituts dürfen keine Bedingungen stellen. Sie dürfen nicht wünschen, welches Thema abgehandelt wird und welches nicht. Das ist an allen Schweizer Universitäten so. Unternehmen

und Private bezahlen Milliarden von Franken an Institute der Universität St. Gallen, der ETH, der Universität Zürich. Alleine die UBS unterstützt Institute an der Uni Zürich mit Millionen; anfängliche Bedenken, die Bank bestimme zugleich die Forschungsschwerpunkte, haben sich verflüchtigt.

Warum soll das am IWP anders sein? Warum die Unterstel-

lung, dass das Jahresbudget von rund 2,5 Millionen Franken eher einem politischen Projekt denn universitärer Forschung diene?

Vergangenen Februar veröffentlichte das Institut eine Studie, die aufzeigte, dass die Löhne in der Bundesverwaltung im Durchschnitt 12% höher liegen als in der Privatwirtschaft. Das Echo in den Medien war gross. Bundesparlamentarier reichten

Vorstösse zum Thema ein, und Finanzministerin Karin Keller-Sutter will nun das Lohnmodell beim Bund einer Analyse unterziehen. Warum bezahlt der Bund dermassen hohe Löhne, wenn die privaten Unternehmen Mühe haben, Fachkräfte zu finden? Das ist eine der Fragen, die nun erörtert werden.

Grundsätzliche Kritik an der Erhebungsmethode der Studie gab es keine. Vielmehr schien es so, dass einige Politiker und Kommentatoren nicht glücklich waren über die Folgerung: Der Staat ist allzu grosszügig. Und wohl auch allzu gross.

Im Mai geriet das Institut dann in einen akademischen Shitstorm. Christoph Schaltegger und zwei Kollegen präsentierten den «IWP-Subventionsreport». Er listete die Unterstützungszahlungen des Bundes auf – und färbte die Kategorien nach Nützlichkeit und Schaden ein. Tiefrot wurde zum Beispiel die Landwirtschaft eingestuft: Das bedeutet, dass diese Subventionen «wohlfahrtsmindernd» sind.

Der Vorwurf mangelnder Wissenschaftlichkeit

Das IWP wandte ein ähnliches Modell an wie das Institut für Weltwirtschaft in Kiel. Aber die Kritik war heftig. Marius Brühlhart, Ökonomieprofessor an der Universität Lausanne, schreibt: «Ich nehme das IWP nicht als ein Institut wahr, das in erster Linie ergebnisoffene wissenschaftliche Grundlagenforschung betreibt. Das Papier zu den Subventionen schien mir exemplarisch: ein interessanter Meinungsbeitrag, aber keine sorgfältige Schätzung von Kosten und Nutzen.»

Brühlhart wirft dem Institut «subjektive Politikbewertungen» vor, die unter einem universitären Label erscheinen. Das sei problematisch. «Als privaten Thinktank fände ich das IWP eine Bereicherung. Aber von einem Uni-Institut würde ich mehr Wissenschaftlichkeit und Transparenz erwarten.»

Verstösst das Institut gegen wissenschaftliche Regeln? Geht es allzu plakativ ans Werk? Tobias Straumann, Wirtschaftshistoriker

an der Universität Zürich, kann der Kritik nicht viel abgewinnen. «Würde man die gleichen strengen Kriterien anlegen, wie es manche Kollegen nun beim IWP tun – man könnte die halbe Universität schliessen», sagt er.

Professor Straumann weist in seiner Verteidigung des IWP auf drei Punkte hin: Wettbewerb unter den Instituten sei gut. Bei der staatlichen Forschungsförderung gebe es oft ebenfalls eine gewisse Neigung, eine gewisse Parteilichkeit. Wenn ein Universitätsinstitut staatlich finanziert sei, heisse das nicht, dass es neutral sei.

Zweitens: «Die Schweizer Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik wird an Schweizer Universitäten wenig erforscht.» Es sei schwierig, entsprechende Arbeiten in den führenden internationalen Fachzeitschriften zu publizieren. Wenn sich das IWP nun Themen annehme, die vernachlässigt würden, sei das positiv.

Schliesslich betont Straumann, dass Ökonomie nie wertfrei sei. «Politische Einstellungen schimmern in der Forschung meistens durch. Das zeigt sich alleine schon bei der Wahl der Themen.»

Hier liegt ein Kernpunkt. Es ist offensichtlich, dass die Sponsoren das IWP unterstützen, weil sie wissen: Christoph Schaltegger und René Scheu haben eine liberale Einstellung. Also werden sie tendenziell die Auswirkungen staatlicher Aktivitäten mit einem kritischen Ansatz untersuchen. Das soll ein Gegengewicht bilden zu den vielen Studien, die der Staat bei Universitätsinstituten und privaten Organisationen in Auftrag gibt – und die in aller Regel zu den Resultaten und Wertungen kommen, die mit den Vorstellungen der Behörden in Einklang stehen.

Die beiden wissen, wie man medienwirksam präsentiert

Schaltegger und Scheu verstehen sich darauf, ihre Forschungsergebnisse medienwirksam zu präsentieren. Und ihre Arbeiten enthalten jeweils kurze Zusammenfassungen – «Wirtschaftspolitik für alle», lautet der Leitspruch des Instituts. Das regt Ökonomen auf, die eine andere politische Einstellung haben. Und die ihre Arbeiten in Fachpublikationen mit limitierter Verbreitung präsentieren.

Wer dagegenhalten will, sollte ein eigenes Institut gründen oder einen eigenen Thinktank. Die Behauptung, das IWP gäbe Milliarden in der Forschung den Ton an, ist schnell ausgesprochen; man sollte dafür aber einen Beweis vorlegen. Und von der Luzerner Regierung das Ende der universitären Kooperation mit dem Institut zu fordern – das riecht nach Cancel Culture.

Christoph Schaltegger und René Scheu sagen nichts zu der Kontroverse um ihr Institut. Sie arbeiten an der nächsten Studie. Und wenn sie erscheint, dann wird mancher Ökonom und mancher Politiker aufs Neue wünschen: ins Pfefferland mit den beiden.

Crema und Avenir Suisse ähnlich ausgerichtet

In Luzern wurde vor zwei Jahren das Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) gegründet; in Zürich folgte wenig später das Institut Crema: Center for Research in Economics, Management and the Arts. Crema ist eine private Forschungsplattform ohne Anbindung an eine Universität. Ins Leben gerufen wurde es aber von renommierten Professoren: den Ökonomen Bruno S. Frey, Margit Osterloh, René L. Frey sowie Reiner Eichenberger.

Als Forschungsdirektor verpflichtete Crema den Historiker Oliver Zimmer, der zuvor an der Universität Oxford auf dem Gebiet der modernen europäischen



Margit Osterloh. Bruno S. Frey.
Bild: Schwiertz Bild: Hehli

Geschichte geforscht und unterrichtet hatte. Die Stelle Zimmers wird von der Progress Foundation finanziert – eine weitere Organisation mit bürgerlich-liberaler Ausrichtung, deren Präsident Gerhard Schwarz ist, der vormalige Wirtschaftschef der «Neuen Zürcher Zeitung». Zim-

mer begründete den Wechsel von der Universität Oxford an das private Zürcher Institut unter anderem damit, dass er sich hier weniger mit Bürokratie herumschlagen müsse. Er publizierte Anfang Jahr zusammen mit Bruno S. Frey ein Buch über die Chancen und Vorteile des demokratischen Systems. Das neunköpfige Team von Crema arbeitet fallbezogen mit anderen Wissenschaftlern und auch Journalisten zusammen.

Margit Osterloh veröffentlichte im Mai eine viel beachtete Studie über die offenbar begrenzten Karriereambitionen von Studentinnen. Das tat Osterloh aber nicht am Institut Crema,

sondern im Auftrag von ETH und Universität Zürich, in einer Zusammenarbeit mit der Soziologieprofessorin Katja Rost.

Marktwirtschaftlich und liberal orientiert ist auch die Denkfabrik Avenir Suisse, die von grossen Schweizer Unternehmen getragen wird. Der Thinktank will mit seinen Studien den Boden für Reformen in der Schweiz bereiten. Am kommenden 1. August folgt auf den bisherigen Direktor Peter Grünenfelder der Volkswirtschaftler Jürg Müller. Avenir Suisse wurde im Jahr 2001 gegründet. Die Denkfabrik verfügt über ein Jahresbudget von 5,5 Millionen Franken. (be.)